

Wachstum wider alle Belastungen

25. August 2026

Autoren: Dr. Jenny Körner, 069 7431-57189, jenny.koerner@kfw.de

Stephanie Schoenwald, 069 7431-6446, stephanie.schoenwald@kfw.de

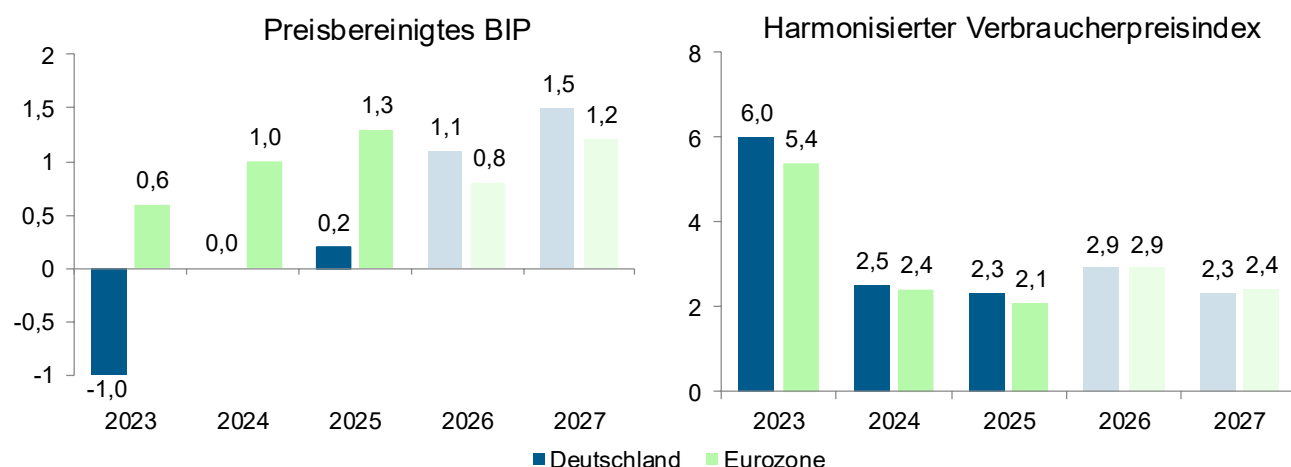
Dr. Sebastian Wanke, 069 7431-9784, sebastian.wanke@kfw.de

Pressekontakt: Nina Luttmer, 069 7431-41336, nina.luttmer@kfw.de

- Das deutsche BIP ist – preis-, saison- und kalenderbereinigt – im zweiten Quartal trotz der Belastungen, die aus dem Iran-Krieg resultieren, um 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal gestiegen. Zum Jahresstart hatte es sogar um 0,4 % im Vergleich zum Vorquartal zugenommen. Wachstumstreiber waren im Frühjahr die Exporte.
- Die deutsche Wirtschaft hat sich also deutlich widerstandsfähiger gezeigt als erwartet. Und schon gibt es den nächsten Dämpfer: Niedrigwasser, vor allem des Rheins, das aktuell die Flussschifffahrt stark beeinträchtigt. Doch auch das dürfte nicht verhindern, dass das deutsche BIP 2026 und 2027 wieder spürbar wächst: Für 2026 rechnen wir nun mit einem (nicht kalenderbereinigten) Plus von 1,1 %, für 2027 mit 1,5 %. Wir unterstellen dabei einen Rohölpreis von knapp 80 USD/Barrel bis Ende 2026 und von rund 75 USD/Barrel bis Ende nächsten Jahres.
- Das überraschend robuste BIP-Wachstum im Euroraum im zweiten Quartal bildet eine höhere Ausgangsbasis für den weiteren Prognosehorizont. Trotz der weiterhin anzunehmenden Bremseffekte des Energiepreisschocks und des Dämpfers durch die Hitzewellen heben wir unsere BIP-Prognose für 2026 per Saldo um 0,2 Prozentpunkte auf 0,8 % an. Für 2027 erwarten ein Wachstum von 1,2 % (+0,2 PP).
- Für unseren Inflationsausblick sehen wir insgesamt kaum Anpassungsbedarf. In diesem Jahr rechnen wir in Deutschland und dem Euroraum mit einem geringfügig schwächeren Anstieg der Verbraucherpreise um 2,9 %. Einer günstigeren Entwicklung beim Ölpreis stehen dabei höhere Gaspreise sowie zusätzlicher Preisdruck durch den Hitzesommer gegenüber. 2027 wird die Inflation wieder geringer ausfallen, aber mit 2,3 % in Deutschland und 2,4 % im Euroraum das 2 %-Ziel der EZB noch übertreffen.

Wirtschaftswachstum und Inflation

Prozent gegenüber Vorjahr



Quellen: Destatis, Eurostat; ab 2026 KfW Research-Prognosen (Stand: 25.08.2026).

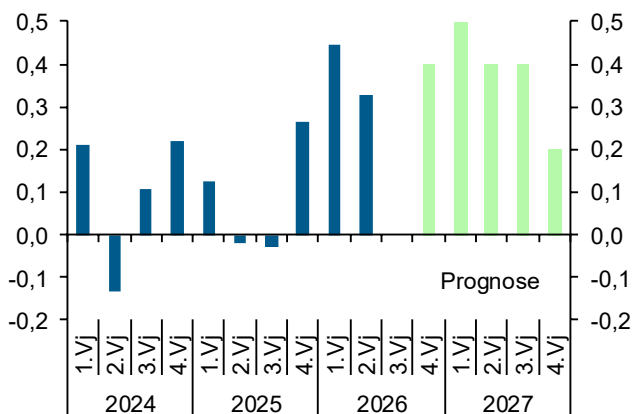
Deutschland: Mehrfach gedämpfter Aufschwung

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal (preis-, saison- und kalenderbereinigt) um 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Im Quartal zuvor hatte es sogar um 0,4 % zugelegt. Im Frühjahr waren die Exporte der wesentliche Wachstumstreiber.

Damit hat sich die deutsche Wirtschaft als viel widerstandsfähiger gezeigt als allgemein angenommen. Denn seit Ende Februar können wegen des Iran-Kriegs kaum noch Schiffe die Straße von Hormus passieren, was nicht nur bei Rohöl und Erdgas zu weltweiten Lieferproblemen führt. Statt einer BIP-Zunahme im zweiten Quartal hatten wir deshalb mit einer leichten Schrumpfung im Vergleich zum Jahresauftakt gerechnet. Zudem wurde das Wachstum im ersten Vierteljahr nun noch leicht von 0,3 % auf 0,4 % im Vergleich zum Vorquartal nach oben korrigiert. Beides zusammen würde – unter ansonsten unveränderten Annahmen – zu einer spürbaren Aufwärtsrevision unserer BIP-Prognose für das laufende Jahr führen. Doch der nächste Dämpfer ist schon wieder am Werk: das extreme Niedrigwasser der deutschen Flüsse. Vor allem die Schifffahrt auf dem Rhein ist für die deutsche Industrie sehr wichtig. Können Güter nicht mehr über die Wasserwege transportiert werden, müssen sie auf Straße oder Schiene verlegt werden, was teurer ist und in manchen Fällen kurzfristig gar nicht möglich. Dieses zusätzliche Hemmnis dürfte ein Wachstum der Industrie von rund einem Prozent im laufenden Quartal verhindern und die Expansion des BIP um etwa 0,2 Prozentpunkte drücken. Zusammen mit den immer noch vorhandenen Belastungen aus dem Iran-Krieg rechnen wir somit lediglich mit einer Stagnation im Vergleich zum Frühjahrskartal (s. Grafik)

Deutschland – BIP-Wachstum auf Quartalsbasis

Preis-, saison- und kalenderbereinigtes Wachstum im Vergleich zum Vorquartal, in Prozent



Quellen: Destatis; KfW Research.

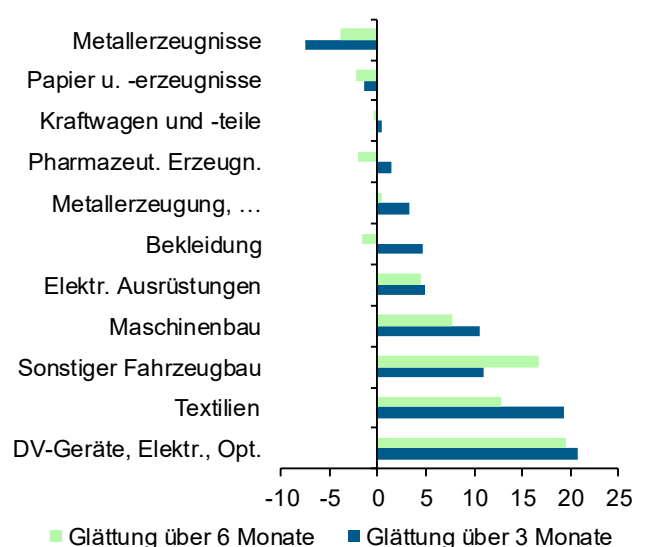
Die immer noch solide Entwicklung der deutschen Wirtschaft hat aber Gründe, die nicht mit dem Flusswasser verschwinden: Es sind im Wesentlichen die steigenden Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes. Im zweiten Quartal nahmen diese um 1,4 % im Vergleich zum Vorquartal (und um 4,5 % im Vergleich zum Vorjahr) zu. Der Auftragsbestand liegt damit per Juni kalenderbereinigt um 9,3 % höher als im Vorjahr. Zwar spielen hier Großaufträge nach wie vor eine wichtige Rolle, deren Produktionswirksamkeit häufig mit größeren Verzögerungen einhergeht. Wenn man die Großaufträge herausrechnet, ergibt sich für den Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes im

zweiten Quartal immer noch ein leichtes Plus von 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal. Vor allem liegt aber der Wert mit +3,4 % spürbar über dem des Vorjahres. Und der Trend zeigt bei beiden Aggregaten seit der zweiten Jahreshälfte 2025 nach oben. Kurzum: Es besteht berechtigte Hoffnung, dass die Industrieproduktion perspektivisch merklich anzieht, sind die genannten Hemmnisse endlich überwunden. Die zu erwartende Dynamik wird dann einen entsprechenden Impuls für die Gesamtwirtschaft Deutschlands geben. Vor diesem Hintergrund erwarten wir ab dem Schlussquartal dieses Jahres wieder positive, teils kräftige Quartalswachstumsraten. Für das Gesamtjahr 2026 resultiert ein (nicht kalenderbereinigtes) BIP-Wachstum von 1,1 %. Das entspricht einer Aufwärtsrevision unserer Prognose von Ende Mai um 0,4 Prozentpunkte. Für 2027 erwarten wir 1,5 %, das sind 0,2 Prozentpunkte mehr als noch zuletzt.

Welche sind aber die Wirtschaftszweige, die momentan den Positiventrend bei den Auftragseingängen bestimmen? Dies veranschaulicht nachfolgende Grafik: Dort sind die Wachstumsraten der geglätteten Auftragseingänge der verschiedenen Branchen gegenüber dem Vorjahr dargestellt und nach der 3-Monats-Glättung aufsteigend sortiert. Die stärkste Zunahme mit rund 21 % findet sich beim Wirtschaftszweig „DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse“. Hierunter fallen u. a. Erzeugnisse, die vom aktuellen weltweiten KI-Boom profitieren, z. B. spezielle Laser, die das niederländische Unternehmen ASML für die Herstellung seiner Chipmaschinen benötigt, sowie sonstige Produkte der „Digitalisierungsindustrie“. Und wahrscheinlich nutzt die aktuell hohe Nachfrage nach Erzeugnissen, die im Zusammenhang mit dem Ausbau von KI-Kapazitäten stehen, zudem direkt oder indirekt dem für Deutschland so wichtigen Maschinenbau. Dort zeigt sich ein Plus von gut zehn Prozent bei der 3-Monats-Glättung der Neuaufträge. Dieser Wert liegt zudem klar über dem der 6-Monats-Glättung, was eine zuletzt zunehmende Dynamik signalisiert.

Deutschland – Auftragseingang nach Wirtschaftszweigen

3- und 6-Monats-Durchschnitte im Vergleich zum Vorjahr, Veränderungen in Prozent, Stand: Juni 2026



Quellen: Destatis; KfW Research.

Doch auch jenseits des KI-Booms, also insgesamt betrachtet, ist seit Ende 2024 ein Aufwärtstrend in der weltweiten Industrieproduktion festzustellen. An diesem haben aufgrund ihrer

Exportorientierung auch die deutschen Hersteller teil. Und natürlich sorgt der häufig zitierte deutsche Fiskalimpuls – aber eben nicht (mehr) nur er – für Neugeschäft. Das spiegelt sich über die verstärkten Rüstungsausgaben vor allem in den Wachstumsraten des „Sonstigen Fahrzeugbaus“ wider (Wasser- Schienen-, Luft- und Raumfahrzeuge sowie militärische Kampffahrzeuge und sonstige Transportmittel), aber auch in der Dynamik bei „Textilien“ und „Bekleidung“ (für Uniformen und sonstige Ausrüstungen der Bundeswehr) oder bei „elektrischen Ausrüstungen“ (wobei hierzu auch Elektromotoren gehören, die wegen der zunehmenden E-Mobilität stärker nachgefragt werden).

Euroraum trotz Energiepreisschock

Die Wirtschaft im Euroraum entwickelte sich im zweiten Quartal stärker als erwartet: Das reale BIP legte um 0,4 % im Vergleich zum Vorquartal zu. Nach der Stagnation des BIP zu Jahresbeginn und den im Frühjahr kriegsbedingt stark erhöhten Energiepreisen infolge des Konflikts im Nahen Osten erscheint dieser Zuwachs auf den ersten Blick überraschend. Tatsächlich spiegelt der Sprung jedoch primär die typischen Schwankungen der irischen Wirtschaftsdaten wider; ohne diesen Einflussfaktor zeigt der Euroraum ein bemerkenswert stabiles Wachstum von 0,3 % in beiden Quartalen. Nachträglich Revisionen könnten das Bild allerdings noch verändern.

Ein Konjunkturerinbruch im zweiten Quartal blieb somit trotz der Energiepreisspitzen aus mehreren Gründen aus. Anders als während des Energiepreisschocks 2022 verzeichneten die energieintensiven Industrien keinen tiefen Einbruch. Dies könnte unter anderem auf den schneller als erwartet einsetzenden Rückgang der Ölpreise im Juni zurückzuführen sein. Insgesamt entwickelte sich das Verarbeitende Gewerbe im zweiten Quartal leicht positiv zum Vorquartal, was vor allem durch die Produktion in verteidigungsnahen und dem Hochtechnologie-sektor getragen sein dürfte sowie im Zusammenhang mit einer strategischen Lagerhaltung zur Absicherung gegen Lieferkettenrisiken steht. Zudem belastete die gestiegene Inflation die realen Einzelhandelsumsätze im Quartalschnitt kaum. Dies könnte an den staatlichen und größtenteils bereits ausgelaufenen Entlastungsmaßnahmen liegen, welche die Energiepreise abfederte, sowie am stabilen Konsumverhalten der Haushalte. Darüber hinaus haben die Länder des Euroraums ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduziert. Zusammen mit einer weltweit elastischeren Marktreaktion trug dies dazu bei, den jüngsten Preisschock abzumildern.¹ Von dieser gestiegenen Widerstandsfähigkeit dürfte die Region auch bei einer erneuten Eskalation mit plötzlich anziehenden Energiepreisen profitieren, wenngleich auch diese Anpassungsfähigkeit ihre Grenzen hat (siehe Kasten weiter unten).

Angesichts dieser unerwartet robusten Grundtendenz und der optimistischen Stimmungsindikatoren für Juli haben wir unsere BIP-Prognosen für den Euroraum nach oben revidiert: für 2026 im Vergleich zur Mai-Prognose um 0,2 Prozentpunkte auf nun 0,8 % und für 2027 um 0,2 Prozentpunkte auf 1,2 %. Wie in der Vorprognose gehen wir davon aus, dass energiepreisbedingte direkte und indirekte Preiseffekte zu einer Verlangsamung des Konsumwachstums in der zweiten Jahreshälfte führen. Darüber hinaus dürfte die mit dem Konflikt verbundene Unsicherheit und die gestiegenen Zinsen die Investitionstätigkeit der

Unternehmen senken. Die Prognose berücksichtigt auch den wirtschaftlichen Dämpfer durch die Hitzewellen im Juli und August. Ernteaussfälle in der Landwirtschaft, Einschränkungen bei der Energiegewinnung, Transportunterbrechungen sowie eine hitzebedingt verringerte Arbeitsproduktivität dürften die Wirtschaftsaktivität bis ins nächste Jahr belasten. Die wirtschaftlichen Einbußen dürften dabei in einer vergleichbaren Größenordnung liegen wie in Deutschland.

Euroraum: Jährliches BIP-Wachstum inklusive Prognosen

Prozent gegenüber Vorjahr, preisbereinigt, Stand 25.08.2026

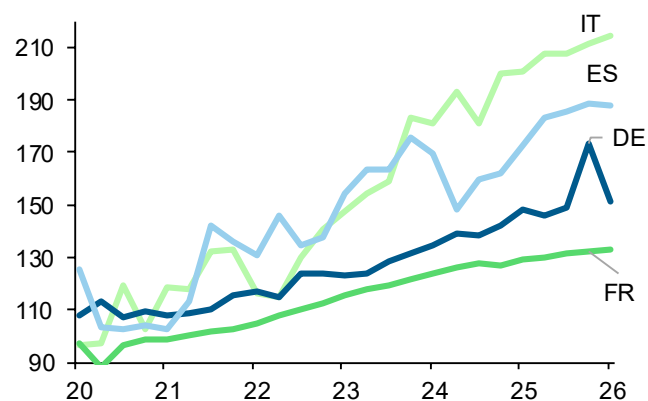
	DE	FR	IT	ES	EZ
2024	0,0	1,4	0,6	3,5	1,0
2025	0,2	0,9	0,7	2,8	1,3
2026	1,1	0,6	0,9	2,6	0,8
2027	1,5	0,9	0,7	2,0	1,2

Quellen: Destatis, Eurostat, ab 2026 KfW Research Prognose

Einen Wachstumsimpuls liefert hingegen die expansive Fiskalpolitik, hauptsächlich getragen von steigenden staatlichen Verteidigungsausgaben. Vom Verteidigungsboom dürften primär Deutschland, Frankreich und Italien profitieren, in denen die umsatzstärksten europäischen Rüstungsunternehmen angesiedelt sind.² In den südeuropäischen Ländern wird voraussichtlich der Abruf der verbleibenden Next-Generation-EU-Mittel über die staatlichen Investitionsausgaben (siehe untenstehende Grafik) die Konjunktur weiter ankurbeln.

Euroraum – Staatliche Investitionsausgaben

2019=100, SA, in laufenden Preisen



Quelle: KfW Research, Eurostat.

Vom Außenhandel ist hingegen kaum ein positiver Wachstumsbeitrag zum BIP zu erwarten. Zuletzt stabilisierten sich die Exporte, insbesondere die zuvor deutlich gefallen Ausfuhren zum wichtigsten Exportpartner USA, auf niedrigem Niveau. Seit Ende Juli gilt nun für patentierte Pharmaprodukte von Großunternehmen ein US-Einfuhrzoll von 15 %, der allerdings deutlich geringer ausfällt als für Handelspartner ohne entsprechendes Abkommen und unternehmensspezifische Ausnahmen zulässt. Mit der starken Vorratsproduktion von Arzneimitteln könnte es damit vorbei sein. Der Handelseffekt ist aber nicht eindeutig, da der im Ländervergleich geringere Zoll einen relativen Preisvorteil mit sich bringen könnte. Insgesamt werden sich die Exporte nach außerhalb des Euroraums in der Jahresbetrachtung

abschwächen. Aufgrund der steigenden Importpreise wird sich gleichzeitig das starke Importwachstum in nächster Zeit verlangsamen. Unter den vier großen Volkswirtschaften wird Spanien die Wachstumsspitze verteidigen. Italien, Deutschland und Frankreich positionieren sich derweil im Mittelfeld, obgleich sich für Deutschland im Jahr 2027 ein Übergang auf die Überholspur abzeichnet.

Inflation: Energiepreise sorgen für Auf und Ab

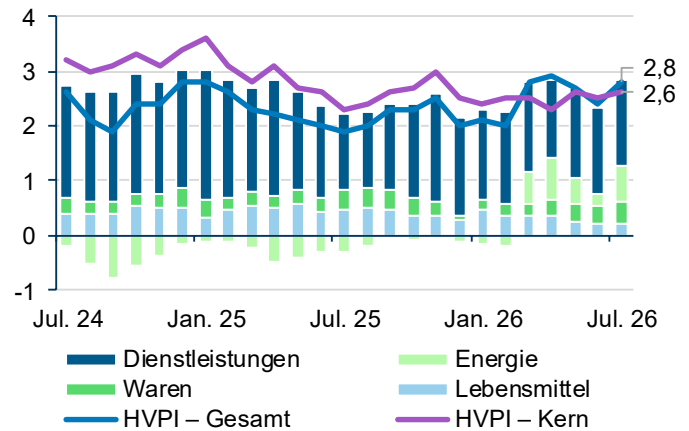
Die Volatilität der Lage im Nahen Osten und die damit verbundenen Schwankungen der Energiepreise waren in den zurückliegenden drei Monaten bestimmend für den Verlauf der Inflation. Die Unterzeichnung des Rahmenabkommens zwischen den US und dem Iran brachte im Juni eine Abschwächung des Verbraucheranstiegs mit sich, in Deutschland noch verstärkt durch die temporäre Senkung der Steuern auf Benzin und Diesel. Diese Entspannung fand jedoch mit dem Wiederaufflammen der militärischen Auseinandersetzungen ein schnelles Ende. Im Juli lag die HVPI-Gesamtrate in Deutschland dann auch wieder bei 2,8 % (EZ: 2,9 %) und damit nahezu gleichauf mit den Werten vom April.

Der mit Abstand größte Preistreiber bleiben flüssige Kraftstoffe für Transportzwecke, für die in Deutschland 22,9 % mehr verlangt wurden als im Vorjahr (EZ: 17,4 %). Hingegen kommt der seit Kriegsausbruch inzwischen mehr als doppelt so hohe Preis für europäisches Gas (TTF, 1-Monats-Future) nur schrittweise oder bisher gar nicht bei den Verbrauchern an. Während in der Eurozone die Gaspreise für Haushalte langsam zulegen und inzwischen 6,2% über dem Vorjahresniveau liegen, ist dieser Energieträger in Deutschland sogar um 2,4 % günstiger als vor zwölf Monaten. Die Weitergabe der höheren Rohstoffkosten verläuft aufgrund langfristiger Preisbindungen und Liefervereinbarungen mit deutlicher Verzögerung.

Neben Energieprodukten verteuerten sich die übrigen Industriewaren ausgehend von sehr niedrigen Niveaus etwas stärker. Kaum Bewegung zeigte hingegen zuletzt die Dienstleistungsinflation. Mit 3,3 % liegt sie in Deutschland und im Euroraum kaum unter dem Durchschnitt der letzten zwölf Monate. Eine Entlastung kam von den Lebensmitteln, deren Preisauftrieb sich seit April deutlich verlangsamt hat. Diese Entwicklung wird gestützt von den im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunkenen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen. In Deutschland lag der Rückgang hier im Juni bei 13,9 %, in der Eurozone bei 9,1 %. Es gilt dabei zu bedenken, dass sich höhere Energie- und Düngemittelpreise sowie klimatische Extreme aufgrund der langen landwirtschaftlichen Produktionszyklen nur stark verzögert auswirken.

Beiträge zur Inflation (HVPI) in Deutschland

Inflation in Prozent, Beiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quellen: KfW Research, Eurostat.

KfW-Inflationsprognose kaum verändert, Risiko für ausgeprägte Zweitrundeneffekte ist gesunken

Auf Basis des aktuellen Datenbilds ergeben sich insgesamt nur geringfügige Anpassungsbedarfe für unsere Inflationsprognosen. Für 2026 erwarten wir in Deutschland und im Euroraum nun einen etwas schwächeren durchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg von 2,9 % (Vorprognose DE: 3,1 % / EZ: 3,0 %). 2027 dürfte die Inflation in beiden Gebieten geringer ausfallen, aber das 2 %-Ziel der EZB weiterhin leicht übertreffen. Der größte Unsicherheits- und für die Preisentwicklung zugleich wichtigste Einflussfaktor bleibt dabei der Status der Straße von Hormus. Derzeit zeichnet sich kein klarer Weg zur Konfliktbeilegung ab, die Bandbreite der Möglichkeiten reicht von überraschend schneller Entspannung bis hin zu neuer Eskalation (siehe Box: Zwei alternative Szenarien für Konjunktur und Inflation). In unserem Basisszenario legen wir für die Energiepreisentwicklung die Terminpreise für Öl (Brent) und europäisches Gas (TTF, 1-Monats-Future) zugrunde. Im Vergleich zur Vorprognose im Mai stellt sich nicht nur die aktuelle, sondern auch die künftige Entwicklung des Ölpreises nun deutlich günstiger dar. Dennoch wirkt sich dies auf die Gesamtprognose nur schwach dämpfend aus. Das liegt zum einen daran, dass die europäischen Gaspreise stärker anziehen als erwartet. Die jahreszeitlich sehr niedrigen Füllstände der europäischen Gasspeicher und die Konkurrenz mit Asien um knappe LNG-Lieferungen lassen die unterstellten, länger hohen Gaspreise plausibel erscheinen. Zum anderen zeichnet sich zusätzlicher Preisdruck durch den trockenen und heißen Sommer ab. So steigen bedingt durch das extreme Rhein-Niedrigwasser kurzfristig die Transportkosten und die Nachfrage nach Treibstoffen. Daneben dürften Feuer und Hitze mittelfristig Lebensmittel und Dienstleistungen (Versicherungen, Tourismus) zusätzlich verteuern.

Klare Signale für die Herausbildung von Zweitrundeneffekte fehlen weiterhin. Die Absatzpreiserwartungen der Unternehmen sind bereits wieder deutlich zurückgekommen, auch wenn sie für die Industrie und den Einzelhandel noch etwas erhöht bleiben. Der EZB-Wage Tracker deutet für die Tariflohnentwicklung stabil auf Zuwächse von rund 2,5 % Anfang 2027 hin. Auch weitere Lohnindikatoren für Deutschland und den Euroraum entwickeln sich seit- oder abwärts. Das spricht dafür, dass die Inflationswelle sich nicht weiter verbreitert und im nächsten Jahr trotz erwarteter Spätfolgen bei den Nahrungsmitteln schnell

wieder verflacht. Mit Blick auf die Geldpolitik gehen wir deshalb auch unverändert davon aus, dass die EZB nach einem letzten Zinsschritt im September auf weitere Straffungen verzichtet.

Zwei alternative Szenarien für Konjunktur und Inflation

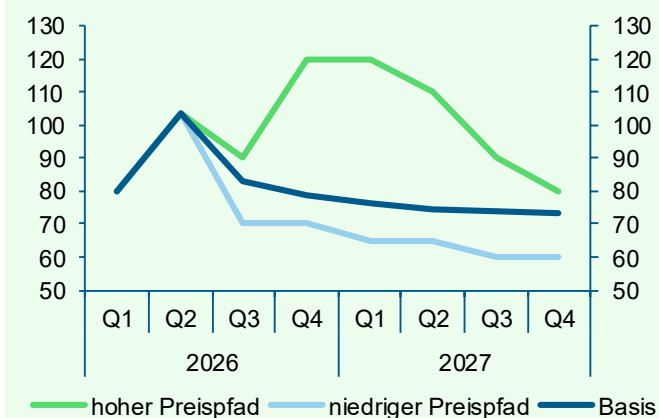
Da nach wie vor große Unsicherheit darüber herrscht, in welchem Maße in Zukunft Schiffe die Straße von Hormus passieren können, bleiben Rohöl- und Erdgaspreise für unsere Prognosen die größten Risiken – vor allem auf der oberen Seite, aber auch niedrigere Preise sind hier denkbar.

Dementsprechend haben wir neben dem Preisfad, den wir für unser Basisszenario angenommen haben und der den Terminpreisen für die beiden Rohstoffe per Anfang August entspricht, zwei weitere Preisfade geschätzt: einen hohen und einen niedrigen. Die sich für diese alternativen Preisfade ergebenden BIP- und Inflationsprognosen stellen wir hier dar.

Zu den Preisfaden: Für den hohen Preisfad haben wir unterstellt, dass die Straße von Hormus zunächst gesperrt bleibt. Während im dritten Quartal auf dem Rohölmarkt noch freigegebene Reserven kompensierend wirken, fällt dieser dämpfende Effekt zum Jahresende weg. Sowohl bei Öl als auch bei Gas zeigen sich erste Wirkungen der Anpassungen beim übrigen Angebot und auf der Nachfrageseite ab dem Frühjahr 2027. Im Laufe von 2027 können allmählich wieder Schiffe die Straße von Hormus passieren, zu einer vollständigen Normalisierung des Frachtverkehrs kommt es jedoch nicht. Beim niedrigen Preisfad ist das Gegenteil der Fall: Die kritische Seepassage wird noch im laufenden Vierteljahr freigegeben und somit sinken die Preise für Rohöl und Erdgas relativ schnell wieder in etwa auf ihre Niveaus von vor dem Beginn des Iran-Kriegs. Der Rohölpreis kommt 2027 sogar noch zusätzlich unter Druck, da sich tendenziell ein Überangebot zeigt, das schon vor dem Konflikt um die Straße von Hormus auf dem Markt gelastet hatte (s. hierzu nachfolgende Grafiken).

Preisfade für Rohöl

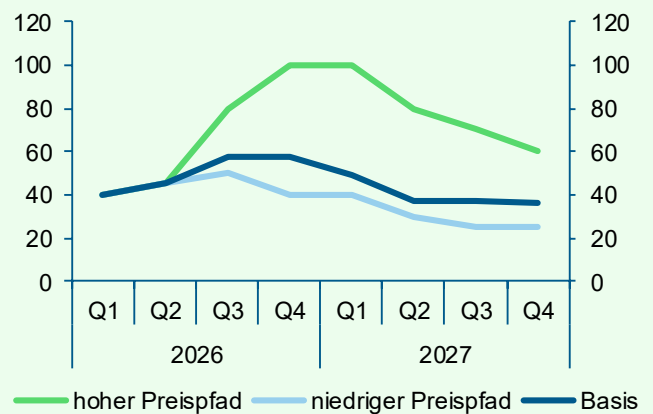
Sorte Brent, in US-Dollar pro Barrel



Quellen: KfW Research, Bloomberg.

Preisfade für Erdgas

Preise für an der niederländischen Börse TTF gehandeltes Erdgas für in einem Monat, in EUR pro MWh



Quellen: KfW Research, Bloomberg.

Die Effekte, die sich für die BIP- und Inflationsprognosen für Deutschland ergeben, zeigen die beiden nächsten Grafiken. Insgesamt sind die Wirkungen für 2027 stärker ausgeprägt, vor allem weil 2026 schon zu über der Hälfte hinter uns liegt, und auch, weil sich einige Effekte aus den Preisfaden, insbesondere auf das BIP, erst mit Verzögerung einstellen. Überdies reagiert die Inflations- deutlich sensibler als die BIP-Prognose, da Veränderungen der Energiepreise unmittelbar in die Inflationsberechnung einfließen, BIP-Effekte aber nur indirekt resultieren. Während im Szenario mit niedrigem Preisfad Deutschland 2027 ein BIP-Wachstum von fast zwei Prozent erreicht bei einer Inflationsrate, die unter diesem Niveau bliebe, würde das Szenario des hohen Preisfads für die hiesige Wirtschaft einen Nackenschlag bedeuten: ein weniger als halb so hohes BIP-Wachstum wie im Basisszenario und eine Inflation von fast vier Prozent – und damit fast doppelt so hoch wie das Ziel der EZB. Für den gesamten Euroraum fallen in den beiden Alternativszenarien die Effekte auf BIP-Wachstum und Inflation im Übrigen nahezu identisch aus.

Deutschland: BIP-Wachstum in alternativen Szenarien

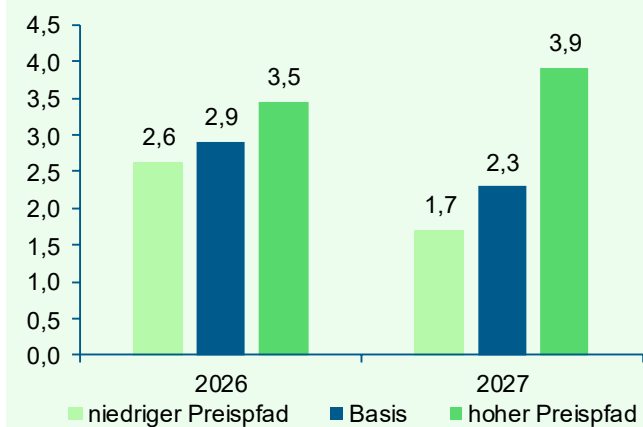
jeweils im Vergleich zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: KfW Research

Deutschland: Inflation in alternativen Szenarien

gemessen am HVPI, jeweils im Vergleich zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: KfW Research

¹ Vgl. Demuth, L. et al. (2026) Energy shock: why oil and gas prices have risen less than expected, The ECB Blog, 27. Juli 2026.

² Vgl. Clapp, S. (2026) European defence industry, At a Glance, European Parliamentary Research Service, 2. Februar 2026.